

# ANTRAG

*Antragsteller\*in: Lorenz Unger, Marcus Lieder, Annika Ordo, Anselm Husz, Arman Shariat, Marvin Feigl, Gregor Czepl, Philipp Gruber, Hongyu Jin, Lea Hemedinger, Leonie Arlt (AG Extremismus)*

*Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge*

## **A6: Extremismus an Schulen? Nicht mit uns!**

### **Antragstext**

1 „Sittenwächter“ an Mittelschulen, gewalttätige Auseinandersetzungen, offene  
2 Homophobie in Klassenräumen? Was wie dystopische Szenen aus schlimmen  
3 Erzählungen wirkt, ist mittlerweile leider in vielen Schulen Österreichs absolut  
4 salonfähig, und verschlechtert das Leben von unzähligen Schüler:innen extrem.

5 Diese Szenen, und viele weitere, spielen sich immer öfter an Österreichs Schulen  
6 ab, und stellen ein Problem da, dass sich nicht länger wegnorieren lässt. Wir  
7 haben an unseren Schulen einen gewissen Prozentsatz der Schüler:innen, die sich  
8 offensichtlich nicht mit unserer liberalen Gesellschaft, die auf Offenheit und  
9 Inklusion aufbaut, identifizieren, und dem muss endlich etwas entgegengesetzt  
10 werden.

11 Während die generelleren Probleme mit Integration nur auf höchster politischer  
12 Ebene geregelt werden können, kann man doch zumindest schon in Schulen ansetzen,  
13 um den Menschen die unsere Zukunft sind, eine halbwegs angenehme Schulerfahrung  
14 bieten zu können. Indem wir uns trauen, Probleme mit Integration und Extremismus  
15 an Schulen offen anzusprechen, gehen wir den ersten wichtigen Schritt in diese  
16 Richtung, und laden alle ein mitzuziehen.

17 Um präventiv gegen Extremismus an Schulen vorzugehen, ist es wichtig  
18 Schüler:innen aber vor allem auch Lehrkräfte zu sensibilisieren. Lehrkräfte  
19 brauchen eine spezifische Zusatzausbildung, um die Gefahren von Extremismus zu  
20 erkennen und so vorbeugen zu können.

21 Wir fordern eine spezifische Zusatzausbildung für Lehrkräfte, welche auf das  
22 frühzeitige Erkennen von extremistischem Gedankengut abzielt.

23 Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies  
24 propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind  
25 überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

26 Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die  
27 antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag  
28 legen.

29 Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von  
30 der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen. Gleichzeitig soll in der Schule über  
31 die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die  
32 Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden. Der Religionsunterricht kann  
33 unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert  
34 demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können.  
35 Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterrichts bis zum 14.  
36 Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem  
37 funktionierende Kontrolle.

38 Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer  
39 unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit  
40 Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann.

41 Um den immer größerwerdenden Herausforderungen beim Thema der Integration  
42 gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie  
43 funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns  
44 ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar,  
45 dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und  
46 ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte  
47 "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie  
48 und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir  
49 JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft.

50 Um Demokratiefeindlichkeit zuvorkommen und um in Härtefällen eingreifen zu  
51 können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung  
52 für alle in der Schule.

53 Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung  
54 unterrichtet wird.